



MEMO DES MOUVEMENT ÉCOLOGIQUE IM RAHMEN DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Der Mouvement Ecologique hat - als anerkannte Nichtregierungsorganisation - im März 2023 eine Broschüre mit dem Titel "Eng Roadmap fir d'Legislaturperiod 2023 - 2028 - sozial, ekologesch a gerecht" veröffentlicht, in der seine Überlegungen und konkreten Vorschläge im Zusammenhang mit einer Politik der nachhaltigen Entwicklung zusammengefasst sind.

In diesem Dokument, das im Kontext der Koalitionsverhandlungen erstellt wurde, können wir nur einige Schwerpunkte aufgreifen, die eher von übergreifender Bedeutung sind. Die Bedeutung der in der oben genannten Publikation entwickelten sektoriellen Vorschläge oder Details bleibt erhalten und bildet die Grundlage für die folgenden Überlegungen. Die oben genannte Publikation ist online unter www.meco.lu in deutscher und französischer Sprache verfügbar. Dort werden auch verbindende Ideen für die allgemeine Ausrichtung der Regierungspolitik vorgestellt (Seite 2 - 7).

Schlüsselemente, die in den Wahlprogrammen der beiden Koalitionsparteien Konsens waren bzw. nicht in Frage gestellt wurden, wurden nicht in das vorliegende Dokument aufgenommen. Themen wie die Förderung der Kreislaufwirtschaft, die Bedeutung eines großregionalen Vorgehens, die Dringlichkeit einer Offensive zum konsequenten Ausbau alternativer Energien, die Notwendigkeit, das moderne Straßenbahnnetz auszubauen und die sanfte Mobilität zu fördern, die Notwendigkeit einer Wärmewende und vieles mehr stellen einen Konsens auf politischer Ebene dar. In dieser Notiz wird daher nicht auf solche Punkte eingegangen, so wichtig sie auch sein mögen.

Der Mouvement Ecologique hat sich bei der Erstellung dieser Denkschrift nur teilweise mit möglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen unserer Organisation und den beiden Parteien befasst. Unsere Organisation ist z.B. der Grundüberzeugung, dass neue Straßenbauprojekte jeder wissenschaftlichen Analyse im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung widersprechen oder dass das Recht auf Privateigentum dem kollektiven Interesse stärker untergeordnet werden muss. Der Mouvement Ecologique ist sich bewusst, dass diese Positionen des Mouvement Ecologique bekannt sind und dass die Parteien, die die nächste Regierung bilden, in einigen Bereichen andere Ansichten haben könnten.

WISSENSCHAFTLICHER RAHMEN ALS GRUNDLAGE DES REGIERUNGSPROGRAMMES

Politisches Handeln muss auf der Grundlage von wissenschaftlichen und statistischen Erkenntnissen erfolgen, also objektiv und in Kenntnis der Fakten. Dies gilt insbesondere für ökologische Fragen. Die Menschheit muss sich an die natürlichen Regeln halten und kann ihre Aktivitäten nur in diesen von der Natur vorgegebenen Rahmen einordnen.

Die weltweit und auch auf europäischer und nationaler Ebene wahrgenommenen Auswirkungen der Klimakrise haben zu einem erhöhten Bewusstsein in der Bevölkerung und in der Politik geführt. Leider werden trotz dieses Bewusstseins die notwendigen Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 -2 Grad immer noch nicht in dem Maße ergriffen, wie es der großen Herausforderung angemessen wäre.

Ein solches Bewusstsein wird hinsichtlich der Biodiversitätskrise leider nicht geschaffen: Tatsächlich wird das Absterben der Ökosysteme und die reale Gefahr, dass die Menschheit ihre Lebensgrundlage zu zerstören droht, noch nicht als solches wahrgenommen. Tatsächlich ist das Verschwinden von natürlichen Lebensräumen, Tier- und Pflanzenarten dramatisch.

Klimaschutz

Ende 2018 warnte der Weltklimarat (IPCC) in seinem Sonderbericht, dass der Menschheit nur noch zehn Jahre bleiben, um den Anstieg des Weltklimas auf unter 2 Grad zu begrenzen - idealerweise auf 1,5 Grad. Der Sommer 2023 war der wärmste Sommer, der seit 1940 (Beginn der Aufzeichnungen) in Europa gemessen wurde. Die Aufgaben der nächsten Regierung sind daher von größter Bedeutung. Wenn wir die nationalen und europäischen Ziele für 2030 erreichen wollen, müssen wir also schnell und konsequent handeln. Frühere Krisen wie Covid haben gezeigt, dass politische Entscheidungen von einem Großteil der Bevölkerung akzeptiert und aktiv unterstützt werden, wenn die wissenschaftlichen Fakten unumstritten sind und die Information und Kommunikation damit übereinstimmen. Dasselbe gilt für die Klimakrise: Wir müssen konsequent handeln, um ihre Folgen zu minimieren oder bis zu einem gewissen Grad zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass laut UNICEF 43 Millionen Kinder aufgrund des Klimawandels aus ihren Lebensräumen vertrieben wurden. Eine solche Situation ist nicht hinnehmbar und Luxemburg muss als einer der größten CO₂-Emittenten pro Kopf seiner Verantwortung gerecht werden.

In diesem Zusammenhang unterstützt der Mouvement Ecologique grundsätzlich die Vorschläge, die das Observatorium für Klimapolitik in seinem "Annual Report 2023" formuliert hat.

Schutz der Artenvielfalt

Da die Auswirkungen der Biodiversitätskrise vielleicht weniger bekannt sind, werden hier Schlüsselemente des "3. Nationalen Plans zum Naturschutz" (PNPN3) wiedergegeben (entsprechendes Informationsdokument):

Zitat: "Luxemburg verfügt - trotz der geringen Fläche seines Territoriums und des Fehlens von maritimen oder alpinen Ökosystemen und Lebensräumen - über eine enorme Biodiversität und vielfältige Landschaften, die auf eine große geologische und mikroklimatische Vielfalt zurückzuführen sind. Diese Vielfalt an Arten und Lebensräumen sowie an Ökosystemen und den von ihnen erbrachten Leistungen ist die Lebensgrundlage für die Existenz und die gute Lebensqualität unserer Gesellschaft. Die Natur ist nicht nur für unser körperliches und geistiges Wohlbefinden wichtig, sondern auch für die Fähigkeit unserer Gesellschaft, mit globalen Veränderungen, Gesundheitsbedrohungen und Naturkatastrophen umzugehen. Die Verschlechterung der Ökosysteme sowie der Verlust von Ökosystemdienstleistungen stellen direkte und existenzielle Bedrohungen für das Leben und das Wohlergehen unserer Bevölkerung dar und gefährden die Grundlagen unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft." (...)

"Der besorgniserregende Rückgang der Artenvielfalt steht in direktem Zusammenhang mit der Intensivierung der Landwirtschaft und dem Flächenverbrauch, die zum Verlust und zur Zerstückelung von Naturlandschaften geführt haben infolge :

- Auf die Entwicklung von Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten ;
- Ausbau des Straßennetzes ;
- Auf die Landumverteilung - Ausdehnung gleichförmiger Parzellen (Monokulturen).

und Reduzierung von Landschaftsformen (Hecken, Grasstreifen, ...);

- Die Trockenlegung von Feuchtgebieten und die Begradigung von Flüssen ;
- Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln;

Diese negativen Trends werden durch den Klimawandel wahrscheinlich noch verstärkt, mit Folgen für die Erhaltung von Ökosystemleistungen sowie für die Landwirtschaft, Gesundheit und das soziale Wohlergehen. Die folgenden Analysen unterstützen und verdeutlichen diese Schlussfolgerungen".

5 Grafiken veranschaulichen u. a. die Situation (siehe Anhang).

Diese Aussagen im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Biodiversität könnten durch eine parallele Analyse hinsichtlich der Situation des Wassermanagements ergänzt werden, das ebenfalls substantielle Probleme aufweist.

Es sei daran erinnert, dass Luxemburg in diesem Zusammenhang durch eine Vielzahl europäischer und internationaler Verpflichtungen gebunden ist.

ANERKENNUNG DER KRISENSITUATIONEN DER BIODIVERSITÄT UND DES KLIMAS

1. Anerkennung der vorrangigen Bedeutung, die der Klima- und der Biodiversitätskrise beigemessen werden muss, da diese Krisen untrennbar miteinander verbunden sind

Es gilt, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Klimaschutz absolute Regierungspriorität sein müssen. Ohne die Erhaltung der Lebensgrundlagen würde jede wirtschaftliche Aktivität zusammenbrechen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass das STATEC errechnet hat, dass die Energiewende jährlich weniger als 2% des BIP kosten würde. Außerdem sind sich die Experten einig, dass das Aufschieben von Maßnahmen überdies viel teurer wäre als sofortiges konsequentes Handeln.

Darüber hinaus ist klar, dass eine Wirtschaft, die sich konsequent für den Wandel einsetzt, eine Gewinnerwirtschaft ist. Das Ziel muss darin bestehen, die Unternehmen bei diesem Übergang zu unterstützen, nicht aber in die Aufrechterhaltung der derzeitigen Strukturen zu investieren.

Es gibt sicherlich verschiedene Wege, um die Ziele zu erreichen, die für die neue Politik zum Schutz des Klimas und der Biodiversität notwendig sind, und eine Diskussion darüber ist wichtig.

Aber: Die zu erreichenden Ziele selbst können nicht in Frage gestellt werden, es handelt sich um wissenschaftlich fundierte Maßnahmen.

2. Den Wert von Ökosystemdienstleistungen anerkennen

Der am 19. Januar 2020 in Davos veröffentlichte *"The New Nature Economy Report II"* des World Economic Forum (*1) zeigt in seinem Bericht eindrucksvoll die Abhängigkeit unseres Wirtschaftssystems, des BIP, von den Ökosystemen auf. Laut diesen Wirtschaftswissenschaftlern *"hängen 44 Billionen US-Dollar an erwirtschaftetem Wirtschaftswert, also mehr als die Hälfte des weltweiten BIP, mäßig oder stark von der Natur und ihren Dienstleistungen ab und sind daher dem Risiko des Verlusts der Natur ausgesetzt. (...) Diese Industrien hängen entweder von der direkten Gewinnung von Ressourcen aus Wäldern und Ozeanen ab oder von der Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen wie gesunden Böden, sauberem Wasser, Bestäubung und einem stabilen Klima."*

Die Sicherung von Ökosystemdienstleistungen ist eine klare Verantwortung jeder Regierung. Um die Ökosysteme in Luxemburg zu erhalten, ist eine ganze Reihe von Maßnahmen erforderlich, um nur einige zu nennen:

- Den Schutz der Biodiversität und den Klimaschutz zu **Pflichtaufgaben der Kommunen** erklären und das luxemburgische NEIN zur Atomenergie in all ihren Formen (z.B. rosa Wasserstoff) auf allen nationalen und europäischen Ebenen aufrechterhalten;

- Einen **effektiveren Klimaschutz** durch folgende Maßnahmen gewährleisten

Folgende Maßnahmen:

- * **Überarbeitung des Klimaschutzgesetzes:** Wiedereinführung der sektoriellen Verantwortung ;

- * * Reform der Gemeindegesetzgebung, **um die Gemeinden zu echten Akteuren in der Produktion von erneuerbaren Energien und der Energieverteilung über Wärmenetze** zu machen (Kompetenzfragen klären, Musterreglemente erstellen) ;

- * Ausarbeitung eines **Programms / einer Gesetzgebung zum Schutz des Bodens;**

- **Konsequenterer Umsetzung des nationalen Naturplans (PNPN3)**, Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Umsetzung der Aktionspläne für Arten und Lebensräume sowie Wiederherstellung der ökologischen Vernetzung von Landschaften, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen;

- Entwicklung einer effektiven **Wasserbewirtschaftungsstrategie**, die die Kapazitätsgrenzen dieses Gutes berücksichtigt. Dies setzt vielfältige Reformen voraus, darunter Dies erfordert vielfältige Reformen, insbesondere auf der Ebene der Wasserwirtschaft, der Interaktion zwischen Agrarpolitik und

Wasserschutzpolitik (Reduzierung der Nitrat- und Pestizidbelastung in Oberflächengewässern und im Grundwasser) ;

- **Reform der Agrarpolitik in Richtung einer nachhaltigen Landwirtschaft:** Es ist eine Tatsache, dass der Rückgang der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe mit dem Rückgang der Biodiversität einhergeht. Die Agrarpolitik muss die Landwirte bei der Erhaltung der Biodiversität stärker fördern und unterstützen. Insbesondere Reformen wie die Förderung der bodengebundenen Landwirtschaft, die deutliche Reduzierung des Rinderbestands, die Abkehr von pestizidabhängigen landwirtschaftlichen Praktiken etc. müssen gefördert werden. Der "Plan PAN Bio 2025" soll in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen überarbeitet werden. Ein Monitoring (Einführung eines Klima- und Biodiversitäts-Checks) soll jedem landwirtschaftlichen Betrieb kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck wird die Mid-term-Review des Agrargesetzes in den Dienst solcher Reformen gestellt.

Um die Diskussionen über die notwendigen Reformen zum Abschluss zu bringen, soll ein "Ronnen Dësch Landwirtschaft an Umwelt", bestehend aus Akteuren des Agrarsektors, aber auch aus Umwelt-NGOs, eingerichtet werden.

Umsetzung einer Strategie zur Erhaltung der Waldbestände: Der Wald ist einer bedrohlichen Schädigung ausgesetzt: Der Klimawandel, nicht angepasste Baumarten und vor allem die viel zu hohe Schalenwildichte führen zu einem katastrophalen Zustand unserer Wälder. 50% unserer Wälder sind in den nächsten zehn Jahren vom Absterben bedroht. Neben strukturellen Maßnahmen zur Reduzierung des Wildbestandes, um eine angepasste und widerstandsfähige Naturverjüngung zu gewährleisten ("Zukunftsbesch"), muss jede Öffnung der Vegetationsdecke ("Kronendach") durch forstliche Eingriffe oder den Bau neuer Forststraßen gestoppt werden.

Abfallpolitik und Luftreinhaltung: Der Umgang mit Ressourcen ist nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht zu einem Schlüsselfaktor geworden. Die neue Regierung muss dem Umgang mit unseren Ressourcen und einer guten Luftqualität noch mehr Priorität einräumen. Die Anwendung des "Verursacherprinzips", ein kontinuierliches Monitoring anhand definierter Indikatoren, ein effizientes Kontrollsystem, gezielte Aufklärungsarbeit und eine transparente öffentliche Kommunikation sind dafür die notwendigen Voraussetzungen.

3. Umsetzung einer strategischen Anpassung zum Klimawandel

Um die Krise der Biodiversität bzw. des Klimas zu bewältigen, ist es wichtig, eine kohärente Anpassungs- und Handlungsstrategie "Biodiversität/Klima" zu entwickeln, "die durch die Schaffung von "Win-Win"-Situationen (z.B. Wiederherstellung von Feuchtgebieten, die sowohl eine Rolle gegen Überschwemmungen spielen als auch den Erhaltungszustand von Biotopen und bedrohten Arten verbessern) die Effizienz erhöhen würde. In diesem Zusammenhang ist die konsequente Umsetzung des nach wissenschaftlichen Kriterien erstellten Nationalen Naturschutzplans (NPNP3) angebracht.

Die darin vorgesehenen Maßnahmen müssen schneller umgesetzt werden, als es im derzeit gültigen Plan vorgesehen ist. Zu diesem Zweck muss ein jährliches Monitoring eingerichtet werden. Rechtliche und administrative Hindernisse, die der Umsetzung des Plans entgegenstehen, müssen beseitigt werden, einschließlich einiger waldbbezogener Gesetzesbestimmungen.

Die nationale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel muss nach einer Bewertung ihrer Wirksamkeit überprüft und aktualisiert werden. Vor allem muss sie besser mit nichtstaatlichen Akteuren wie Gemeinden, Gemeindeverbänden und anderen kommuniziert werden.

In Bezug auf die Durchgrünung von Ortschaften sollten grundlegende Kriterien festgelegt werden und die Gemeinden sollten in diesem Prozess stärker unterstützt werden. Dies sowohl auf organisatorischer als auch auf finanzieller Ebene. Detaillierte Vorschläge wurden in diesem Zusammenhang im Rahmen der Kampagne "Méi Gréngs an eis Stied an Dierfer" gemacht.

GEWÄHRLEISTUNG DER ANWENDUNG VON STRATEGIEN UND AKTIONSPLÄNE - LEISTUNGSINDIKATOREN FESTLEGEN

4. Die konsequente Umsetzung der auf nationaler Ebene validierten Strategien und Aktionspläne sicherstellen und ein Durchführungsmonitoring einrichten.

In den letzten Jahren wurden von der Regierung nationale Strategien und Aktionspläne entwickelt, um den ökologischen Wandel voranzutreiben. Diese Strategien wurden größtenteils in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren erstellt und von der Regierung und teilweise von der Abgeordnetenkammer bestätigt. Der Mouvement Ecologique hält es für äußerst wichtig, **die Errungenschaften dieser Strategien nicht in Frage zu stellen**, sondern ihre konsequente und schnelle Umsetzung zu gewährleisten - punktuelle Änderungen können vorgenommen werden, ohne die Ziele und Grundzüge in Frage zu stellen.

In diesem Fall handelt es sich insbesondere um die folgenden Dokumente:

- der Integrierte Nationale Energie- und Klimaplan (NIKP)
- der Nationale Plan für den Naturschutz (PNPN3)
- das Leitprogramm für die Raumplanung (PDAT)
- den Nationalen Mobilitätsplan PNM2035.

Selbstverständlich müssen die zuständigen Ministerien und Verwaltungen über die notwendigen Ressourcen und Instrumente für die Umsetzung verfügen.

Darüber hinaus ist es absolut unerlässlich, die Verwendung von entsprechenden Indikatoren für die Umsetzung dieser Strategien sicherzustellen und ein Monitoring durchzuführen. Nach dem Aktionsplan ist eine jährliche oder zweijährliche Evaluierung erforderlich, um die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen im Hinblick auf die in diesen Strategien festgelegten Ziele und das Timing zu bewerten. Die Rolle des STATEC in diesem Bereich (insbesondere im Zusammenhang mit dem NECP, aber auch mit anderen Strategien) ist offensichtlich, ebenso wie die Rolle unabhängiger externer Organe. Darüber hinaus trägt ein solches Monitoring dazu bei, die Akzeptanz der umgesetzten Maßnahmen bei den betroffenen Akteuren zu erhöhen und erscheint nicht nur aus politischer Sicht sinnvoll, sondern auch im Hinblick auf die Kontrolle der Effizienz und der ordnungsgemäßen Verwaltung der Ressourcen.

Die vom Wirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren ausgearbeitete Strategie ECO2050, die darauf abzielt, plausible Entwicklungsszenarien und eine entsprechende strategische Vision für die luxemburgische Wirtschaft bis zum Jahr 2050 zu erstellen, wurde der alten Regierung vorgelegt, ohne den Charakter einer offiziellen Strategie zu haben. Sie sollte jedoch als Grundlage für Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung unserer Wirtschaft dienen, um sie insbesondere widerstandsfähiger zu machen.

- **Der Mouvement Ecologique möchte im Zusammenhang mit der Optimierung und Konkretisierung der Strategien noch folgende Punkte ansprechen: Durchführung eines "Stresstests" zu den Auswirkungen des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums** im Hinblick auf eine öffentliche Debatte und eine mittelfristige Planung: Um die Auswirkungen eines anhaltenden Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums u.a. auf die natürliche Umwelt, die Trinkwasser- und Energieversorgung, die Abwasserreinigung und die neu zu errichtenden Infrastrukturen zu ermitteln und gleichzeitig das Ziel einer "Null-Artifizialisierung" bis 2050 zu erreichen, scheint ein solches objektives Instrument (das in anderen Ländern bereits häufig eingesetzt wird) unerlässlich zu sein.
- **Schutz der Biodiversität:** Die konsequente Umsetzung des nach wissenschaftlichen Kriterien erstellten PNP3 ist angesagt. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass Luxemburg vor der

Europäischen Kommission eine Klage wegen Nichteinhaltung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) in Bezug auf die Erhaltung der mageren Mähwiesen (6510) und das Aussterben des Rebhuhns (*Perdix perdix*) anhängig ist.

-Um den derzeitigen Mängeln zu begegnen, muss das Ausgleichssystem reformiert werden, indem auch kommunale Ausgleichspools eingerichtet werden, die Durchführung von "CEF"-Maßnahmen möglichst in geeigneten Ausgleichspools ermöglicht wird und die Studienkosten für kleinere Projekte vom Staat übernommen werden.

- **PNEC-Projekt:** Stärkung des Energieeffizienzziels 2030 & des Pfades zur Klimaneutralität 2050 ist notwendig ;

- **Aufwertung der Funktion der Raumplanung und der Ziele des Grundsatzprogramms für die Raumplanung gegenüber der sektoriellen Politik:**

Der Status der Raumplanung gegenüber der sektoriellen und kommunalen Politik muss durch die Vertiefung der interministeriellen Abstimmung, den offenen und formalisierten Dialog mit den kommunalen Behörden und den Grenzregionen, die Priorisierung des kollektiven Interesses durch die Nutzung des Vorkaufsrechts und die Klärung der Entschädigung bei der Neuklassifizierung von Grundstücken sichergestellt werden. Die Raumentwicklung in den Entwicklungs- und Anziehungszentren (CDA) soll in einem interministeriellen Ansatz und mithilfe einer Reform der Gemeindefinanzen, die insbesondere die Gemeinden mit endogener Entwicklung berücksichtigt, priorisiert werden

- **Rationelles Management des verfügbaren Raums durch Priorisierung und Förderung der Innenentwicklung anstelle der Ausweitung von Baugebieten:**

Einführung von regulatorischen (u.a. Zusammenlegung von Grundstücken, Baurechtshandel TDR) und steuerlichen Maßnahmen, um bestehende Wohngebiete in PAGs maximal zu mobilisieren und innovative Lösungen zu fördern.

DIE UMSETZUNG VON ZENTRALEN NEUGRÜNDUNGEN SICHERSTELLEN

5. Reform des Sozialsystems, um es stabiler und unabhängiger vom Wirtschaftswachstum zu machen

Nach der Überzeugung u.a. von Umwelt-NGOs ist ein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten völlig unrealistisch. Aber selbst wenn man diese Analyse der NGOs nicht teilt, haben die Covid-Krise, der Krieg in der Ukraine, Probleme in den Lieferketten, die Begrenztheit der Ressourcen, geopolitische Spannungen, die Folgen des Klimawandels und andere die Anfälligkeit unseres Wirtschaftssystems und der Prämisse eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums gezeigt.

Eine verantwortungsvolle mittel- und langfristige Politik erfordert, dass unser Sozialsystem weniger vom Wirtschaftswachstum abhängig gemacht wird. Es ist daher angebracht, konkrete Wege zur Erreichung dieses Ziels aufzuzeigen und eine offene Debatte darüber zu führen

6. Aufwertung des „Wohlfahrts-BIP“ als Schlüsselinstrument der Regierungspolitik

Seit Jahrzehnten plädieren alle politischen Parteien für die Einführung und Aufwertung des "Wohlfahrts-BIP". Obwohl das STATEC dieses Instrument veröffentlicht, ist seine politische Bedeutung weitgehend gleich null. Die finanziellen und personellen Ressourcen, die für seine regelmäßige Aktualisierung und Veröffentlichung erforderlich sind, sollten im Rahmen des Haushalts bereitgestellt werden. Das Wohlfahrts-BIP sollte natürlich denselben Status wie das nationale Bruttoinlandsprodukt haben.

Vor allem aber sollte das Finanzministerium die Dimension des Wohlfahrts-BIP in seine Analysen einbeziehen, insbesondere bei den Leitlinien für den Haushalt und damit für die öffentlichen Finanzen. Politische Entscheidungen und entsprechende Investitionen müssen sich am Wohlfahrts-BIP orientieren, und zwar auf allen Ebenen (Prekarität, Bildung, psychische Gesundheit, Erhaltung der Umwelt, Zustand der Biodiversität usw.).

7. Aufwertung des "Nachhaltigkeitscheck" als Steuerungsinstrument im Bereich der nachhaltigen Entwicklung

Luxemburg verfügt seit Kurzem mit dem "Nachhaltigkeitscheck" über ein wichtiges Instrument. Seine Einführung hat jedoch noch keine konkreten Auswirkungen. Es ist an der Zeit, die korrekte Anwendung dieses neuen Instruments zu gewährleisten, alle diesbezüglichen Informationen zu veröffentlichen und nach zwei Jahren das System zu bewerten und zu beurteilen, ob aufgrund der gemachten Erfahrungen Änderungen vorgenommen werden müssen.

8. Umsetzung einer echten ökologischen Steuer

Der ökologische Übergang erfordert eine Mischung aus regulatorischen und vollaristischem Instrumenten. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass die Regierung die marktwirtschaftlichen Regeln nicht in Frage stellt, insbesondere wenn dies mit offensichtlichen Nachteilen verbunden ist. Die derzeitige Besteuerung setzt nämlich zumindest teilweise falsche Akzente und fördert durch eine Art "schwarze Besteuerung" direkt die Umweltzerstörung, da die daraus resultierenden Kosten von der Allgemeinheit getragen werden.

Dieser Effekt kommt im Grunde einer "Deregulierung" im Umweltbereich gleich und ist - da sind sich Wirtschaftsexperten ganz klar - einer der Schlüsselfaktoren, die einen ökologischen Übergang ernsthaft gefährden. Muss man daran erinnern, dass (trotz der im Grunde lobenswerten, wenn auch sehr niedrigen CO₂-Steuer) die staatlichen Einnahmen aus den "Ökosteuern" in Luxemburg zu den niedrigsten in Europa gehören?

Es ist daher unerlässlich, zusätzlich zu einem freiwilligen Ansatz mit Subventionen und Zuschüssen mehr Elemente einer ökologischen Besteuerung in die geplante allgemeine Steuerreform einzubeziehen. Ziel ist es einerseits und in erster Linie, Preiswahrheit zu gewährleisten, indem die Kosten von Aktivitäten nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, und andererseits in bestimmten Bereichen einen Lenkungseffekt zu erzielen (z.B. durch die Einführung einer Pestizidsteuer) und so zur Reduktion von aus Sicht der Nachhaltigkeit nicht wünschenswerten Verhaltens- und Produktionsmustern beizutragen. Durch die Internalisierung externer Kosten können zudem zusätzliche finanzielle Mittel generiert werden. Diese Mittel müssen reinvestiert werden, um einerseits finanziell benachteiligte Haushalte zu unterstützen und andererseits um Alternativen zu fördern.

In diesem Zusammenhang plädiert der Mouvement Ecologique auch für die Beibehaltung und kontinuierliche Erhöhung der CO₂-Steuer, in Übereinstimmung mit Klimaschutzexperten und der Mehrheit der Wirtschaftsexperten.

9. Einführung von "green Budgeting" und Analyse von "harmful subsidies" (schädliche Subventionen)

Vor allem in Krisenzeiten wird es immer unverständlicher, ja sogar unverantwortlich, dass eine Regierung weiterhin Geld investiert, um die Klimakrise und die Krise der Biodiversität direkt zu fördern. Nicht ohne Grund ermutigt die Europäische Union ihre Mitgliedsländer, ein "Green Budgeting" durchzuführen und ineffiziente oder gar umweltschädliche Subventionen abzubauen. Es ist angebracht, dass sich die Regierung mit den notwendigen Instrumenten ausstattet, um ein "Green Budgeting" durchzuführen und diese "harmful subsidies" aufzuspüren und zu reduzieren. Eine Ausrichtung der Investitionspolitik für öffentliche Gelder an den Anforderungen des Pariser Abkommens sollte zur Normalität werden. Dies gilt natürlich auch für den "Gemeinsamen Ausgleichsfonds für das allgemeine Rentensystem"(Fonds de compensation commun au régime général de pension).

10. Konsequenzere Unterstützung finanziell benachteiligter Haushalte bei der ökologischen Transition

kologie und soziale Aspekte sind gewissermaßen zwei Seiten derselben Medaille - das ist die eine Tatsache! Und es sind vor allem Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln, die oft am meisten unter der Umweltzerstörung leiden, die an Hauptverkehrsstraßen wohnen, deren Wohnungen in weniger begrünten Gebieten liegen...

Es muss stärker als in der Vergangenheit sichergestellt werden, dass diese einkommensschwachen Haushalte bei Maßnahmen im Rahmen des ökologischen Wandels unterstützt werden. **Dies ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine conditio sine qua non für die Akzeptanz in allen Bevölkerungsschichten.**

Die Mittel dazu sind vielfältig und in jedem sektoralen Ministerium ist eine Analyse in diesem Zusammenhang angebracht: Um nur einige zu nennen: Einführung einer staatlichen Vorfinanzierung von energetischen Sanierungen für finanziell benachteiligte Haushalte, Einbeziehung sozialer Kriterien in staatliche Subventionen, Verbesserung der Energiebilanz des Mietmarktes für bestehende Gebäude, Ausbau der Energieberatung ...

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass es wichtig ist, - generell und nicht nur in diesen Fällen - die Bürokratie abzubauen und die Öffentlichkeit populär zu informieren, um den Erfolg der eingesetzten Mittel zu erhöhen.

POLITIKGESTALTUNG, ZIVILGESELLSCHAFT UND BÜRGERBETEILIGUNG - WICHTIGE FAKTOREN FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN WANDEL

11. Gewährleistung einer leistungsfähigen Staatsführung, die den ökologischen Herausforderungen auf der Ebene der staatlichen und parastaatlichen Akteuren sicherstellt

Der ökologische Wandel stellt eine große Herausforderung für die Verwaltungen und Ministerien dar und erfordert mehr Ressourcen, spezialisiertes und spezifisches Know-how und Fachwissen sowie ein abgestimmteres Vorgehen zwischen den verschiedenen Akteuren, da das Thema der nachhaltigen Entwicklung eine übergreifende Bedeutung hat (Wirtschaft, Landwirtschaft, Bildung, Energie und viele andere). Die Strukturen wurden jedoch kaum angepasst und entwickelt, um diese Herausforderung bewältigen zu können. Weder auf der Ebene der personellen Ressourcen, des Know-hows und der Organisation der Ministerien und Verwaltungen.

Es ist an der Zeit, diese Situation zu ändern, indem :

- die Notwendigkeit analysiert wird, die betroffenen Ministerien personell und in Bezug auf das erforderliche neue Wissen zu reorganisieren oder sogar zu erweitern;
- die interministerielle Zusammenarbeit systematischer, effizienter und transparenter gestaltet wird;
- die Ausbildung von Beamten in Nachhaltigkeitsthemen zu verbessern.

Die Organisation der verschiedenen Ministerien

Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Einige plädieren für die Schaffung eines zusätzlichen Ministeriums, in das die Kompetenzen des derzeitigen Umweltministeriums integriert werden sollen. Der Mouvement Ecologique ist der Ansicht, dass ein solches Vorgehen - je nach Wahl - zu einer Abwertung der Umweltaspekte führen könnte.

Ein solches Vorgehen würde einer sachlichen Diskussion entgegenstehen, die es den verschiedenen Sensibilitäten und Interessen ermöglicht, auf politischer Ebene anerkannt und angemessen berücksichtigt zu werden. In einer komplexen Welt ist es wichtig, Argumente nicht "totzuschweigen" oder hinter den Mauern eines Superministeriums auszutauschen, sondern die Herausforderungen in einem **offenen politischen Diskurs zu thematisieren und eine offen und transparent diskutierte Abwägung vorzunehmen. Das Umweltministerium muss einen starken und eigenständigen Status genießen.**

Ministerium für Mobilität und Infrastrukturen

Die Mobilitätsplanung ist auf mehreren Ebenen von großer Bedeutung und ein schneller Ausbau der Infrastruktur für sanfte Mobilität und öffentliche Verkehrsmittel ist notwendig. Der Mouvement Ecologique möchte darauf hinweisen, dass er die Beibehaltung eines Ministeriums, das Infrastruktur und Mobilitätsplanung miteinander verbindet, für wesentlich hält. Die Planung von Mobilität und Infrastruktur erfordert eine Vielzahl von Entscheidungen, die fast täglich getroffen werden müssen, so dass eine direkte Interaktion zwischen beiden erforderlich ist.

Ministerium für Raumplanung

Die Umsetzung des neuen "Leitprogramms für Raumordnung" erfordert ein gestärktes Ministerium, das über angemessene finanzielle und personelle Ressourcen verfügt, um seine Aufgabe der Koordinierung mit den sektoriellen Politiken und mit der regionalen und kommunalen Ebene entsprechend den Zielsetzungen des neuen Leitprogramms wahrnehmen zu können.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, sollte die Zuständigkeit für die "Großregion", die im Leitprogramm eine besondere Bedeutung hat, ebenso wie die Zuständigkeit für die ländliche Entwicklung (in enger Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium) dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zugewiesen werden.

12. Einbeziehung der Umweltaspekte in verschiedene Institutionen und Beratungsgremien

Die Zusammensetzung einiger Beratungsgremien bzw. Beiräte spiegelt nicht die verschiedenen "Säulen" der Nachhaltigkeit wider. Die Zusammensetzung dieser Gremien wurde nämlich zu einem Zeitpunkt beschlossen, als die ökologische Dimension (insbesondere Biodiversität und Klima) noch auf einer niedrigeren Ebene wahrgenommen wurde. Auch wenn diese Gremien in Bezug auf ökologische Herausforderungen nicht auf Augenhöhe sind, liegt es auf der Hand, dass ihr primärer Fokus und ihr Know-how in Bezug auf die Sache, die sie vorrangig vertreten, liegen. Es ist an der Zeit, die ökologische Stimme in diese Gremien zu integrieren und ihre Zusammensetzung (wie den Wirtschafts- und Sozialrat) und ihre Funktionsweise zu reformieren.

13. Entwicklung von Demokratie und Bürgerbeteiligung

Ein Ansatz, der möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse einbezieht und gleichzeitig die - manchmal schwierige - **Akzeptanz der zu treffenden politischen Entscheidungen**, ist durch die Entwicklung des partizipativen Ansatzes möglich.

Die aktuelle Regierung hat sich für Gremien wie das „Klimabiergerrot“ entschieden und eine Reform des Kommunalgesetzes vorgelegt, um die Bürgerbeteiligung zu optimieren. Auch wenn der Wert dieser Ansätze anerkannt wird, erfordert eine echte Bürgerbeteiligung eine strukturelle Neugestaltung und insbesondere die Umsetzung der folgenden Instrumente:

Schaffung einer Einheit für Bürgerbeteiligung im Staatsministerium / Stärkung der Bürgerbeteiligung: Die Organisation von Bürgerbeteiligungsprozessen erfordert ein sehr spezifisches Know-how und eine sehr gründliche Planung. Partizipation wird in einer sich wandelnden Gesellschaft immer wichtiger und das

Ziel muss es sein, Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichem soziodemografischem Hintergrund (!) in eine sich wandelnde Gesellschaft zu integrieren. Wenn die Regierung die Bürgerbeteiligung wirklich entwickeln und performant fördern will, ist es unerlässlich, dass sie sich mit folgenden erforderlichen Instrumenten ausstattet und vor allem einen Expertenpool, der die Ministerien, Verwaltungen und ggf. Gemeinden in diesen Prozessen anleitet und unterstützt.

In Bezug auf Gremien wie das „Klimabürgerrot“ wäre es wünschenswert, dass sich solche Gremien weniger mit technischen Problemen als vielmehr mit grundsätzlicheren Fragen im Zusammenhang mit der allgemeinen Ausrichtung unserer Gesellschaft oder sektoraler Politiken befassen.

Zudem sollten verschiedene Gesetze (z.B. zur Gemeindeplanung) überarbeitet werden, um die Bürger/innen frühzeitig einzubeziehen.

*** Den gemeinnützigen Sonderurlaub insbesondere auf Umwelt- und Sozial-NGOs ausweiten :**

Die Rolle, die Nichtregierungsorganisationen in einer Gesellschaft spielen, ist unbestritten, vor allem in einer Zeit, in der die Gesellschaft immer mehr auseinanderzudriften droht. Derzeit gibt es jedoch für verschiedene Formen des gemeinnützigen Engagements (Sport, Kultur usw.) Vereinsurlaub, während andere nicht von diesem wichtigen Instrument profitieren können. Der Vereinsurlaub für freiwilliges Engagement aus genau definierten Gründen und innerhalb bestimmter Grenzen sollte ausgeweitet werden, insbesondere auf Umwelt- und Sozial-NGOs (u.a. für ihre Präsenz in beratenden Gremien).

*** Reform des Gesetzes vom 14. September 2018 über eine transparente und offene Verwaltung:** Eine solche Reform ist aufgrund der offensichtlichen Mängel der aktuellen Gesetzgebung erforderlich. Insbesondere darf das Recht auf Information nicht mehr auf Verwaltungsdokumente reduziert werden, die Anzahl der Ausnahmen muss überarbeitet werden, die Kommission für den Zugang zu Dokumenten muss aufgewertet werden, ebenso wie eine Umkehrung der Beweislast für ein berechtigtes Interesse.

*** Die Bereitstellung von Informationen für möglichst viele Bürger:innen erhöhen:**

Die Themen werden immer komplexer, die Informationen, die von den Medien, politischen und anderen Akteuren verbreitet werden, und die öffentlichen Verfahren (...) machen es immer schwieriger, Daten und Fakten zu verstehen und somit den Zugang für viele Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern.

In Anbetracht der zunehmenden Verbreitung von "Fake News" scheint es angebracht, sich um eine bessere Verständlichkeit und die Verwendung einer leichten oder sogar einfachen Sprache zu bemühen (z. B. auf Regierungswebsites, aber auch im Fernsehen).

*** Bürokratische Hürden abbauen:** Nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Privatpersonen sind Vereinfachungen notwendig. Um nur ein Beispiel zu nennen: Gemeinden haben ihre eigenen Kriterien für die Errichtung von Solaranlagen auf kommunalen Dächern. Auf vielen Ebenen sind Standardregelungen, Harmonisierungen und verstärkte Beratungsdienste erforderlich.

Der Mouvement Ecologique lehnt in diesem Zusammenhang eine Reform ab, die das Prinzip "Schweigen gilt als Zustimmung" einführt. In Fällen, in denen eine dritte Person oder das öffentliche Interesse durch eine Entscheidung geschädigt werden könnten, kann es nicht sein, dass ihre Interessen verletzt werden, wenn es den Behörden nicht gelingt, die Angelegenheit angemessen zu handhaben.

SICH FÜR GESELLSCHAFTLICHE ALTERNATIVEN ENTSCHEIDEN

14. Neue soziale Projekte fördern und eine Debatte über die zukünftige Gesellschaftsform anregen

Technologische Entwicklungen sind von größter Bedeutung, um auf den Klimawandel und die Krise der Biodiversität angemessen reagieren zu können. Neben dieser technischen Dimension sind jedoch auch gesellschaftliche Entscheidungen erforderlich. Es ist offensichtlich, dass der ökologische Wandel nicht nur eine technologische Innovation, sondern auch einen "kulturellen Wandel" erfordert.

Das materielle Wachstum ist nicht mehr der allgemeine Maßstab der Gesellschaft, sondern die Förderung des Wohlbefindens, auch im Interesse der sozialen Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang ist es Aufgabe der Regierung, in den verschiedenen konkreten Dossiers querschnittsartig folgende Fragen zu thematisieren: le statut et la promotion de la « *Gemeinwohl-Ökonomie* », des « commons » ;

- a. der Genügsamkeit und der damit verbundenen Lebensweise;
- b. innovative Wohnmodelle (Stichwort: Genossenschaften, Mitvermietung...);
- c. den Wert grüner öffentlicher Räume und die Bedeutung dieser Räume im Kontext des sozialen Lebens
- d. Gesundheit nicht nur durch die Abwesenheit von Krankheiten, sondern durch Wohlbefinden zu definieren (WHO-Definition).

15. Der internationalen Gerechtigkeit und nachhaltigen Entwicklungspolitik verpflichtet

Der ökologische Übergang, aber auch eine "stabile" und gerechte Welt erfordern mehr internationale Gerechtigkeit. Außerdem kann die Tatsache, dass die Länder des Nordens dieses Planeten die Ressourcen der Länder des sogenannten Südens exzessiv ausschöpfen, auf dieser Ebene nicht fortbestehen.

Es ist unerlässlich, eine Agrarpolitik zu hinterfragen, die z.B. weitgehend von Sojaimporten aus den Ländern des Südens abhängig ist. Als reiches Land muss man Verantwortung dafür übernehmen, dass die Länder des Südens am meisten unter den CO₂-Emissionen der Länder des Nordens leiden.

In diesem Zusammenhang muss sich Luxemburg auf allen Ebenen für sehr substanzielle Reformen einsetzen. Dies gilt insbesondere für die Werteketten, die Freihandelsabkommen und die Agrarpolitik.

Bei Freihandelsabkommen sollte Luxemburg nur unter der Bedingung zustimmen, dass soziale und ökologische Kriterien vollständig eingehalten werden.

16.10.2023

Anlagen

Tableau 2

État chimique des masses d'eau de surface du Luxembourg en 2020.

| | Bon | Pas bon |
|-------------------------------|-----|---------|
| % des masses d'eau de surface | 0 | 100 |

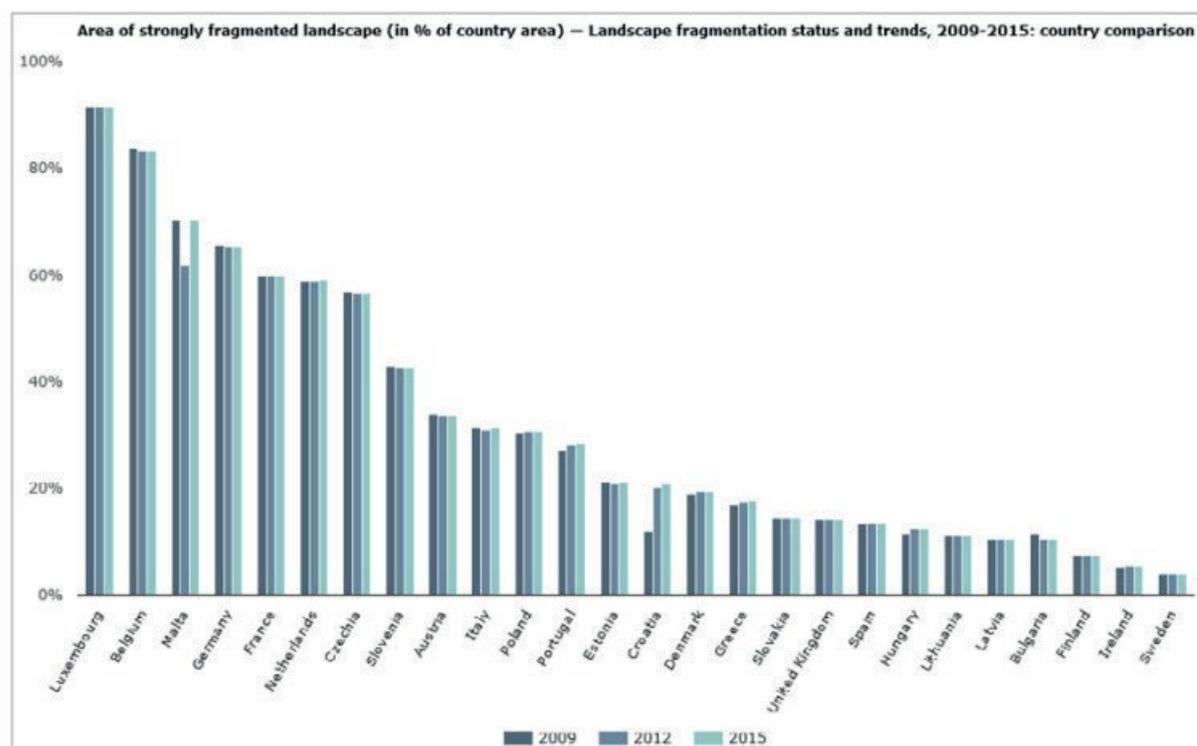


Figure 4

Proportion du paysage fortement fragmentée (en % de la surface du pays) dans les pays de l'Union Européenne pour les années 2009, 2012 et 2015.

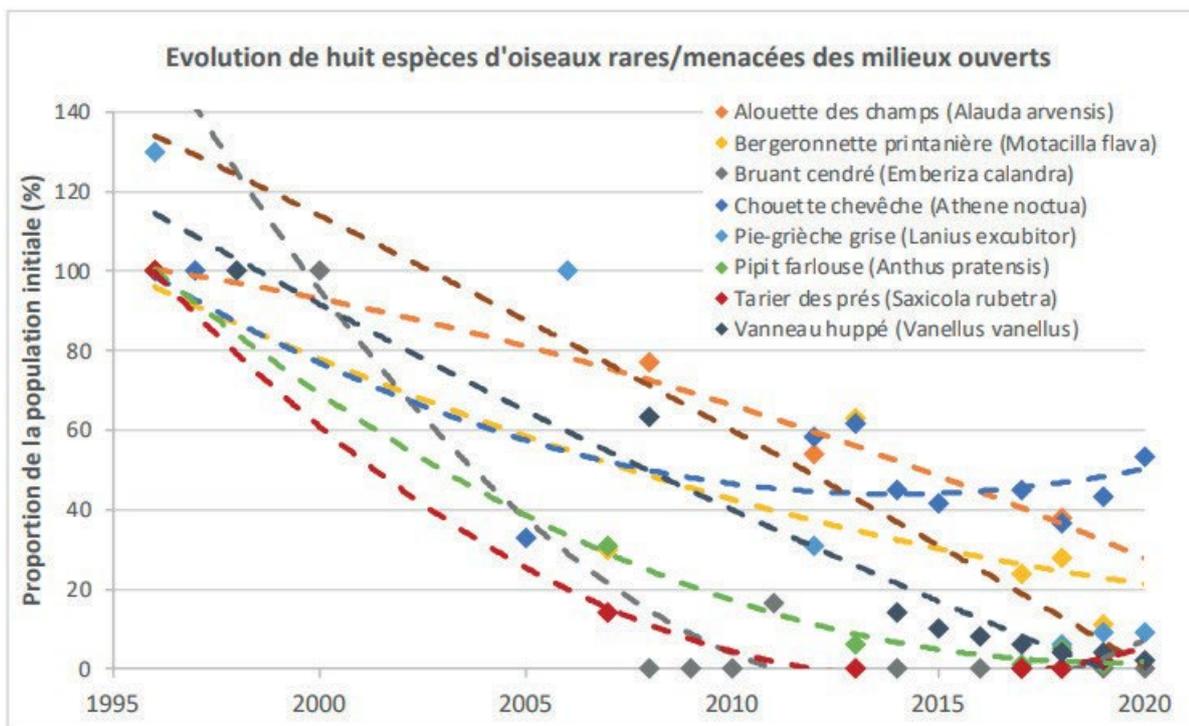


Figure 8
 Évolution (en % d'une population initiale) de huit espèces d'oiseaux rares et/ou menacées inféodées aux milieux ouverts, depuis 1996 jusqu'à 2020.

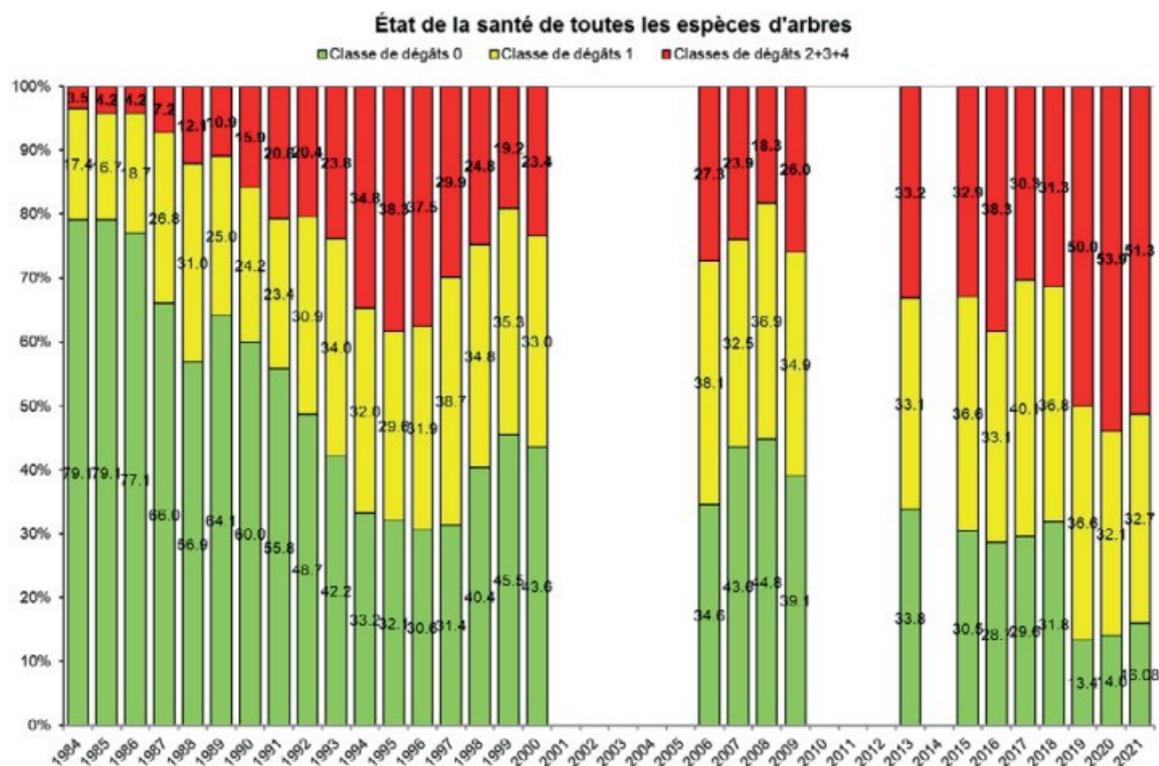
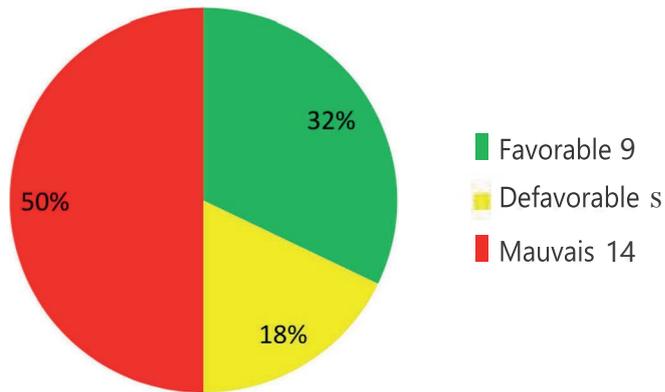


Figure 13
 Évolution de l'état de santé des forêts luxembourgeoises de 1984-2021, toutes essences confondues. Proportions des forêts (en %) regroupées selon classes de dégât (0 = arbres sans dommage, 1 = arbres légèrement stressés/endommagés, 2-4 = arbres nettement stressés/endommagés).

Etat de conservation des habitats



Tendances de l'etat de conservation des habitats

